

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 23. März 2026  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **A 713 Anfrage Lichtsteiner Eva und Mit. über die Umsetzung der kantonalen Biogasstrategie / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Anfrage A 713 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Eva Lichtsteiner hält an der Dringlichkeit fest.

Eva Lichtsteiner: Zum ersten Dringlichkeitskriterium: Auf den ersten Blick mag es vielleicht so aussehen, als beleuchte die vorliegende Anfrage einen Einzelfall und sie deshalb nicht von aussergewöhnlich hohem politischen Gewicht sei. Aber wer so denkt, denkt definitiv zu kurz. Der Wiggerhof ist ein Pionier in Sachen Biogas. Dass sein Ausbauprojekt sistiert wurde, hat auch auf andere Betriebe eine grosse Strahlkraft. Es geht um weit mehr als einen Einzelfall. Deshalb ist das politische Gewicht sehr hoch, geht es doch insgesamt um die Umsetzung der kantonalen Biogasstrategie und somit ein wichtiges Puzzlestück für die Energiewende und Klimaneutralität bis 2050. Zum zweiten Dringlichkeitskriterium: Eine Stellungnahme des Kantonsrates zu dieser Thematik ist für die gesamte Branche aus den soeben geschilderten Gründen von immenser Bedeutung. Wenn wir erst in sechs oder noch mehr Monaten über diese Anfrage diskutieren, vergeht wohl zu viel Zeit, um an den Plänen des Wiggerhofs festzuhalten. Die Biogasanlage verfügt nur über eine befristete Bewilligung für die Verarbeitung der aktuell 30 000 Jahrestonnen bis Ende 2026. Wird das Baugesuch nicht umgehend bearbeitet, droht die Halbierung der Menge, obwohl die Substrate vorhanden sind und aktuell wieder ein Energiemangel droht. Es braucht zudem gemeinsame Lösungen und nicht gegen den Kanton, etwa zum Vollzug von Art. 38a der Raumplanungsverordnung, was auch in Bezug auf andere Projekte schnellstmöglich geklärt werden muss. Das Anliegen erträgt also keinen Aufschub. Die drei weiteren Dringlichkeitskriterien sind definitiv gegeben. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Sara Muff: Aus Sicht der SP-Fraktion befinden wir uns bei dieser Anfrage innerhalb der Leitplanken der Dringlichkeitskriterien. Insbesondere besteht aber die Nähe zu einem laufenden Verfahren. Die Anfrage weist einen starken Einzelfallbezug auf und sollte ordentlich und übergeordnet behandelt werden. Wir sind offen, zu einem späteren Zeitpunkt darüber zu diskutieren.

Sabine Heselhaus: Biogas kann Teil der Energiewende sein, darf aber nicht zu einer Stabilisierung oder Ausweitung ökologisch problematischer Tierhaltungsstrukturen führen. Gerade im Kanton Luzern muss der Ausbau in Zusammenhang mit Nährstoffbilanz, dem ökologischen Gesamtkontext und der Klimastrategie betrachtet werden. Ohne diese Gesamtsicht besteht keine Dringlichkeit für diesen Vorstoss.

Fritz Gerber: Wahrscheinlich ist es zum ersten Mal, dass ein dringlicher Vorstoss zu einem Baugesuch eingereicht wurde. Das ist doch etwas unerhört. Wenn man die Geschichte aber kennt, ist es nachvollziehbar. Ich habe mit den Betroffenen gesprochen. Bei diesem Projekt werden bis Ende Jahr 30 000 Tonnen Substrat verarbeitet, bis dahin liegt eine gültige Bewilligung vor. Danach muss die Menge halbiert werden. Die Anfrage ist dringlich, denn die Betroffenen müssen wissen, wie es weitergeht. Es kann nicht sein, dass Baugesuche einfach sistiert und auf die lange Bank geschoben werden. Es gibt auch noch weitere ähnliche Projekte. Hier handelt es sich um einen Hilfescrei an die Politik, dass die Verwaltung Tatsachen schaffen und eine im Rahmen ihrer Möglichkeiten Bewilligung erteilen soll. Es ist ein Hilfescrei eines Unternehmers. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen. Es kann nicht sein, dass 2027 15 000 Tonnen Substrat einfach nicht mehr verarbeitet werden können oder an einen anderen Ort gebracht werden müssen.

Hanspeter Bucheli: Hier geht es um Unsicherheiten beim Vollzug. Das führt dazu, dass Baugesuche sistiert werden und es bei den Baugesuchen zu einem Stau kommt. Es führt auch dazu, dass der Weiterbetrieb solcher Anlagen zum Teil infrage gestellt ist, weil ihre Bewilligung befristet ist. Deshalb stimmt die Mitte-Fraktion der Dringlichkeit zu. Wir wollen, dass diese Unsicherheiten geklärt werden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Es geht hier um ein laufendes Verfahren. Ein Teil der vorliegenden Fragen ist tatsächlich von allgemeinem Interesse. Es geht um die Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG2). Diesbezüglich stehen wir beim entsprechenden Gesuch im Austausch und die Mehrheiten zeichnen sich ab. Trotzdem möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir von 3500 bis 4000 Baugesuchen pro Jahr sprechen. Wenn Sie bei Sistierungen immer dringliche Anfragen stellen würden, würde das die Traktandenliste sprengen. Ich bitte Sie daher, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 74 zu 40 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.